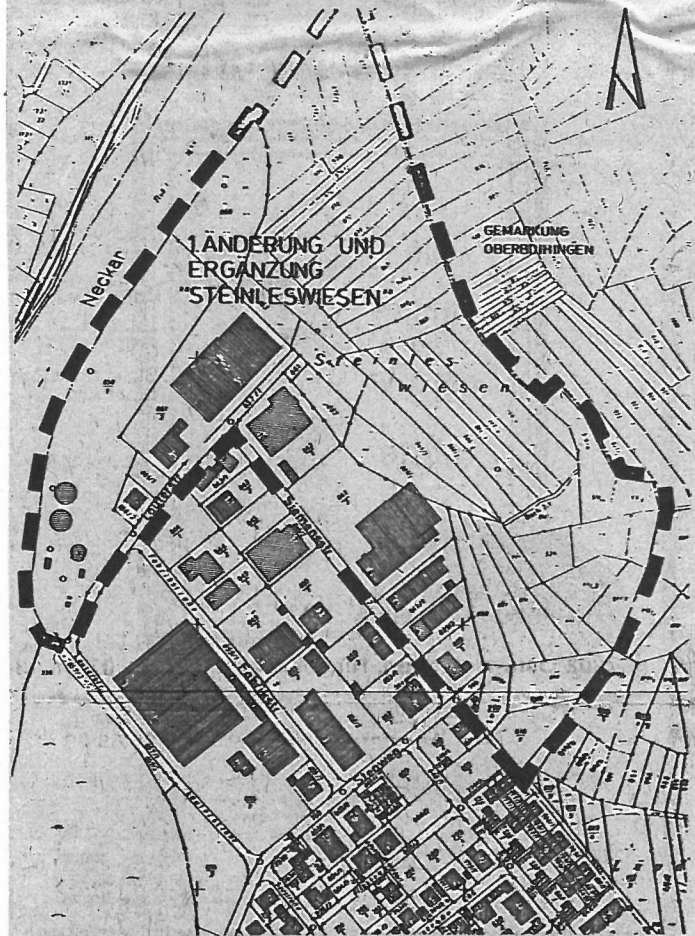


Bebauungsplan zur 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes „Steinleswiesen“ im Planbereich 12.13 in Nürtingen-Zizishausen



Der Gemeinderat der Stadt Nürtingen hat am 15. 9. 81 den Bebauungsplan zur 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes „Steinleswiesen“ im Planbereich 12.13 in Nürtingen-Zizishausen als Satzung beschlossen. Maßgebend sind der Lageplan mit Textteil sowie die Begründung jeweils vom 2. 12. 1980. Das Regierungspräsidium Stuttgart hat mit Erlaß vom 2. 4. 82 – Az.: 13-2210-12.13 – Nürtingen – den Bebauungsplan genehmigt.

Der räumliche Geltungsbereich wird begrenzt im Nordwesten vom Neckar, im Nordosten von der Gemarkungsgrenze der Gemeinden Unterensingen und Oberboihingen, im Südosten von dem angeschnittenen Flst. 531 und von den Flst. 832/2, 818/1, 818/2, 813/6 und FW Flst. 765/2, im Süden von den Flst. 778/1, 809/2, 817/1, vom Stegweg, von dem Flst. 853/1, von der Siemensstraße (Flst. 842/2), von den Flst. 843/1 und 844/1, von der Fabrikstraße, von der Lauterstraße, von den angeschnittenen Flst. 858/1, 857/1 und 857/2. Auf den Übersichtsplan wird hingewiesen. Teilweise werden Flst.-Nrn. erst nach Rechtskraft der Umlage „Grientaler-Erweiterung“ verbindlich. Der Bebauungsplan einschließlich Begründung kann beim Bürgermeisteramt Nürtingen in Nürtingen, Marktstraße 7, Rathaus, Zimmer 13, während der Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann über seinen Inhalt Auskunft verlangen. Er wird mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes bei der Aufstellung dieses Bebauungsplanes wird nach § 155 a Abs. 1 und 3 BBauG unbeachtlich, wenn sie nicht unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die Bekanntmachung dieses Bebauungsplanes verletzt worden sind. Auf die Vorschriften des § 44 c Abs. 1 Satz 1 und 2 und Abs. 2 des Bundesbaugesetzes i. d. F. des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 6. 7. 1979 (BGBl. I, S. 949) über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Nürtingen, den 14. April 1982
(A. Bachofer)
Oberbürgermeister